



Der Info-Brief des SPD-Landtagsabgeordneten **Georg Nelius**

*Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie!
Liebe Leserinnen und Leser!*

Der Wahlsieg von Grünen und SPD in Baden-Württemberg liegt nun einige Zeit zurück. Die Menschen in Baden-Württemberg haben sich für eine neue Politik entschieden, aber auch für einen neuen Politikstil. Nicht ohne Grund versteht sich Grün-Rot als Bürgerregierung. Die Ausgangslage für die neue Landesregierung war in doppelter Hinsicht nicht einfach: zum einen sah sie sich mit einem erheblichen Reformstau konfrontiert, zum anderen erbte sie einen gewaltigen Schuldenberg. Trotzdem ist es Grün-Rot schnell gelungen, wichtige soziale und ökologische Signale zu setzen, für eine besse-

re Bildung zu sorgen und die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern. Grün-Rot hat den versprochenen Wechsel angepackt.

In diesem Newsletter stelle ich kurz und bündig dar, was in den einzelnen Politikgebieten bereits umgesetzt wurde.

Ihr

Bildung

- + Die Gemeinschaftsschule geht ab dem Schuljahr 2012/2013 als gebundene Ganztagschule mit 40 Schulen an den Start.
- + An zunächst 44 Standorten gibt es als Modellversuch G9-Züge an Gymnasien.
- + Der Bildungsplan des G8 wird weiterentwickelt, um die Belastungen abzubauen.
- + Zum Schuljahr 2012/2013 werden 50 neue Eingangsklassen an den Beruflichen Gymnasien eingerichtet. Zusätzlich gibt es 15 neue sechsjährige Berufliche Gymnasien.
- + Alle 3.300 theoretisch durch den Schülerrückgang frei werdenden Lehrerdeputate bleiben im Schulsystem. Durch die Erhöhung der Krankheitsreserve wird die Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau gehalten.
- + Die verbindliche Grundschulempfehlung wurde abgeschafft, der freie Elternwunsch damit gestärkt.
- + Für die Sprachförderung im Kindergarten gibt es zusätzlich 11 Mio. Euro. Das Land steigt in die Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit mit 15 Mio. Euro ein.
- + Der „Pakt für Familien“ mit den Kommunen stellt ab 2012 zusätzlich 315 Mio. Euro für die Förderung der Kleinkindbetreuung bereit.

Wissenschaft

- + Die Exzellenzinitiative und die Spitzenforschung erhalten finanzielle Förderung.
- + Das Gesetz zur Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes der Vorgängerregierung wurde verabschiedet.
- + Wir verzeichnen bis jetzt einen Aufwuchs von 22.000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen.
- + Höchste Zeit: Zum 1. Juli 2012 gibt es wieder eine Verfasste Studierendenschaft, demokratisch legitimiert, autonom handelnd und mit eigener Finanzhoheit ausgestattet.
- + Zum Sommersemester 2012 werden die Studiengebühren wieder abgeschafft. Der Gebührenaufschlag bei den Hochschulen wird durch Landesmittel ausgeglichen.
- + Kulturelle Bildung, Interkulturelle Kulturarbeit und Soziokultur bekommen mehr Geld.
- + Erste Schritte bei der Umsetzung der Kulturkonzeption 2020 wurden eingeleitet.

Finanzen und Wirtschaft

- + Mit dem ausgezeichneten Spitzencluster „Elektromobilität Süd-West“ und dem Erfolg bei der Ausschreibung „Schaufenster Elektromobilität“ nimmt die Elektromobilität in Baden-Württemberg Fahrt auf.
- + Die öffentliche Hand als Auftraggeber geht mit gutem Beispiel voran: Zur Vermeidung von Lohndumping und Wettbewerbsverzerrung wird ein Tariftreuegesetz auf den Weg gebracht.
- + Der Startschuss für eine Gründungsoffensive ist gefallen: Innovationsgutschein für Start-Up-Unternehmen aus dem Hightech-Bereich erweitert das bisherige Förderinstrumentarium.
- + Die Wohnraumförderung wird im aktuellen Haushalt 2012 auf 70 Millionen Euro erhöht und mit sozialen und ökologischen Schwerpunkten neu ausgerichtet.
- + Ein Kassensturz bei Regierungsübernahme offenbarte den Schlendrian von Schwarz-Gelb: der Landeshaushalt weist ein strukturelles Defizit von rund 2,5 Milliarden Euro pro Jahr auf.
- + Mit zusätzlichen Mitteln aus der Sanierungsrücklage können überfällige Investitionen im Hochbau, bei den Landesstraßen und Krankenhäusern getätigt werden.
- + Die Haushalte 2011 und 2012 kamen ohne Neuverschuldung aus. Sie belegen den Willen von Grün-Rot zu einer soliden Finanzpolitik und zu einem nachhaltigen, verantwortungsbewussten Regieren.
- + Es wurde eine Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur eingerichtet. Sie hat die Aufgabe, mit Einsparvorschlägen den Weg zur Nullverschuldung zu ebnen.

Sozialpolitik

- + Das Haushaltsvolumen für die Investitionsförderung von Krankenhäusern wurde um 50 Mio. Euro im Nachtragshaushalt 2011 und um 45 Mio. im ordentlichen Haushalt 2012 erhöht.
- + Ein Maßnahmenpaket „Gute und sichere Arbeit“ wurde geschnürt: Anstoß für Modellprojekte eines sozialen Arbeitsmarktes, Initiative zum Mindestlohn.
- + Eine Bundesratsinitiative zur Entgeltgleichheit bei Männern und Frauen wurde eingebracht.
- + Es gibt zusätzlich 2 Mio. Euro für die wohnortnahe Unterstützung von psychisch Kranken. Das Gesetzgebungsverfahren für ein umfassendes Landesgesetz hat begonnen.
- + Die Förderung von Schulsozialarbeit durch das Land wird fester Bestandteil im Landeshaushalt.

Innenpolitik

- + Der Startschuss ist gefallen: Eine überfällige Strukturreform von der Polizei für die Polizei mit einem breiten Beteiligungsverfahren ist auf den Weg gebracht.
- + Das Oberziel lautet: Straffung der Leitungsebene, dafür 900 Polizisten mehr im Streifendienst.
- + Reviere und Posten werden personell verstärkt, um mehr Bürgernähe zu gewährleisten.
- + Das Landeskriminalamt wird umgebaut, eine Abteilung für Cyberkriminalität eingerichtet.
- + Die Informations- und Kommunikationstechnik der Polizei wird mit einem Sofortprogramm in Höhe von 6,3 Millionen Euro auf Vordermann gebracht.
- + Die Volksabstimmung am 27.11.2011 – ein Vorschlag der SPD – hat die Auseinandersetzung um das Bahnprojekt Stuttgart 21 befriedet.
- + Grün-Rot will mehr direkte Demokratie wagen und die Hürden für Bürgerbeteiligung abbauen. Der Dialog dazu wurde angestoßen.
- + Die Residenzpflicht für Asylbewerber wurde gelockert. Das schafft humanere Lebensbedingungen und entlastet die Ausländerbehörden.
- + Eine kleine, sehr menschliche Reform am Rande: Kommunen können Brautpaaren jetzt auch Trauungen unter freiem Himmel erlauben.

Verkehrspolitik

- + Eine klare Mehrheit der Wahlberechtigten lehnte bei der Volksabstimmung am 27.11.2011 einen Ausstieg aus Stuttgart 21 ab. Das war auch die Haltung der PD-Landtagsfraktion. Das Bahnprojekt kann nun wie geplant und beschlossen gebaut werden. Der Kostendeckel in Höhe von 4,5 Milliarden Euro gilt.
 - + Schluss mit Holterdiepolter: Die Mittel für den Erhalt von Landesstraßen wurden im Etat 2012 deutlich angehoben.
 - + Von wegen Kannibalisierung durch Stuttgart 21: 125 Mio. Euro für den Ausbau der Rheintalbahn und 90 Mio. Euro für die Elektrifizierung der Südbahn sind der Beweis dafür, dass der Ausbau der Schienenverkehrsinfrastruktur im Land auch mit Stuttgart 21 weiter geht.
 - + Die Ko-Finanzierung für Projekte der Verkehrsinfrastruktur wurde mit 60 Prozent zugunsten des Umweltverbundes (Fußgänger, Rad, ÖPNV) umgestellt.
 - + Der Radwegebau hat nun einen eigenen Haushaltstitel. Die Förderung einer fahrradfreundlichen Mobilitätskultur bekommt durch eine kräftige Erhöhung der Mittel von 250.000 Euro pro Jahr auf rund 1,5 Mio. Euro Rückenwind.
 - + Die Initiative RadKULTUR unterstützt beispielsweise fahrradfreundliche Unternehmen und Kommunen, Bildungsträger und private Rad-Initiativen.
-

Umweltpolitik

- + Die Gesetzesänderung zum Ausbau der Windkraft ist auf den Weg gebracht. Sie wird in 2012 zu einer intensiven Planung und Ausweisung von Vorranggebieten führen. Ab 2013 nimmt der Ausbau der Windkraft dann richtig Fahrt auf.
- + Mit einem modernen Windkrafteerlass werden Energieziele, Naturschutz und Belastung für die Gemeinden in Einklang gebracht.
- + Mit zusätzlich 50 Mio. Euro jährlich werden die Landesliegenschaften endlich zügig saniert.
- + Der Hochwasserschutz wird ernst genommen: Eine Aufstockung um rund 15 Mio. Euro jährlich baut den Investitionsstau bei Dämmen und Poldern endlich ab.
- + Die Mittel für die Förderung von Sanierungsmaßnahmen im Programm "Klimaschutz Plus" wurden um mehrere Mio. Euro erhöht.
- + Auch für die Gewässersanierung und Gewässerreinigung werden mehr Mittel bereitgestellt.

Ländlicher Raum

- + Mit einem umfassenden Dialog und der Vergabe eines Gutachtens zu Chancen und Möglichkeiten eines Nationalparks im Nordschwarzwald hat Grün-Rot die Ausweisung eines solchen großartigen Schutzgebietes auf den Weg gebracht.
- + Die Fördermittel für den Biolandbau wurden erhöht und so verstetigt, dass kein umstellungswilliger Landwirt leer auszugehen droht.
- + Die Agrarförderprogramme werden stärker auf Ökologie und Tierschutz ausgerichtet.
- + Verbesserter Verbraucherschutz bei der Lebens- und Futtermittelkontrolle: 14 neue Stellen für Veterinäre und Kontrolleure wurden geschaffen, 22 Lebensmittelkontrolleure neu eingestellt.
- + Für die 20 besucherstärksten Tourismusziele wird ein Modellprojekt für einen Nachhaltigkeitscheck entwickelt.
- + Die Mittel für Tourismus-Marketing wurden erhöht, damit Baden-Württemberg stärker auf internationaler Ebene für sich werben kann.

Rechtspolitik

- + Die Begründung und Beurkundung von eingetragenen Lebenspartnerschaften findet auf den Standesämtern statt. Mit dem von CDU und FDP vorgesehenen Sonderweg zu den Landratsämtern wurde Schluss gemacht.
- + Der Landesdatenschutzbeauftragte wurde gestärkt durch eine überfraktionell beschlossene Verbesserung seiner personellen Ausstattung.
- + Die von CDU und FDP durchgeführte Grundbuchreform erfuhr durch die Festlegung von zwei zusätzlichen Standorten mit den Amtsgerichten Mannheim und Ravensburg eine maßvolle Korrektur.
- + Die Teilprivatisierung der JVA Offenburg wurde gestoppt - auch wenn die Rückführung in staatliche Verantwortung noch einige Jahre in Anspruch nehmen wird.
- + Die Übertragung der Aufgaben der Gerichts- und Bewährungshilfe auf einen freien Träger (Verein Neustart) wird evaluiert.
- + Das Landesrichtergesetz wird im Dialog mit den Betroffenen überarbeitet mit dem Ziel, die Mitbestimmung von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten zu verbessern.

Integrationspolitik

- + Zu Beginn stand die Schaffung eines eigenständigen Ministeriums für Integration. Das erste und einzige bislang in Deutschland. Allein schon ein starkes Symbol.
- + Hinsichtlich der Einbürgerung wurden baden-württembergische Einschränkungen des Bundesrechts gestrichen und diskriminierende Elemente („Gesprächsleitfaden“) abgeschafft.
- + Es wurde ein „Runder Tisch Islam“ eingerichtet, um zum einen islamfeindliche Haltungen abzubauen und zum anderen die Abschottung einiger Muslime zu durchbrechen.
- + In der Beratung soll beginnend mit Modellprojekten mehr auf die besonderen Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten eingegangen werden.
- + Mit Kampagnen sollen mehr Migrantinnen und Migranten für den öffentlichen Dienst geworben werden – auch in der Landesverwaltung.
- + Nach einer Überprüfung der Praxis bei der Flüchtlingsaufnahme wird eine Novellierung des entsprechenden Gesetzes in Angriff genommen.

Europa

- + Ein Prozess zur Aufstellung von neuen europapolitischen Eckpunkten wurde eingeleitet. Dies soll auch unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geschehen, um das europapolitische Profil unseres Landes weiter zu schärfen und so Baden-Württemberg ein Gewicht in Europa zu verleihen.
- + Die sogenannte Donaoraumstrategie wurde verabschiedet. In ihrem Rahmen streckt Baden-Württemberg seine Fühler konsequent in Richtung Südosteuropa aus. Die Strategie eröffnet Spielräume für gemeinsame europapolitische Initiativen mit neuen Partnern.
- + Der Startschuss für einen entwicklungspolitischen Dialog mit der Zivilgesellschaft ist gefallen. Die Initiative „Welt:Bürger gefragt!“ wurde ins Leben gerufen. Sie soll die entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes neu formulieren und konkretisieren.
- + Das Land Baden-Württemberg nimmt seine internationale und europäische Verantwortung ernst. Und mischt sich auch ein, erst recht, wenn seine Werte und Interessen berührt sind.

Impressum

Wahlkreisbüro MdL Nelius
Badgasse 7, 74821 Mosbach
06261 914917

Gestaltung/ Quellen:
Nelius/ Weidlich/
SPD-Landtagsfraktion



SPD